

# Übersichten

## Außenpolitik

\*<sup>(1)</sup>

### Beijing versucht, das Nordkorea-Problem "auszusitzen"

Seit vielen Monaten brodeln die Fragen der nordkoreanischen Nuklearrüstung vor sich hin.

Am 12. März 1993 hatte die DVRK erklärt, daß sie, um ihre Souveränitätsrechte zu schützen, mit Wirkung vom 12. Juni 1993 aus dem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen austreten wolle. (Dazu ausführlich C.a., März 1993, Ü 2) Die Absichtserklärung lief etwa genau auf das Gegenteil dessen hinaus, was die VRCh im Hinblick auf ihre asiatischen Nachbarn für wünschbar hält, zumal sie sich ja an den fünf Fingern ausrechnen kann, daß alle potentiell bedrohten Staaten, darunter Südkorea und Japan, früher oder später ebenfalls den Besitz einer gleichwertigen Waffe anstreben, falls Nordkorea bei seinem bisherigen Kurs bleibe.

Von Anfang an verfolgte China eine zwiespältige Politik. Auf der einen Seite sprach es sich gegen eine Nuklearisierung Nordkoreas aus und wies immer wieder darauf hin, daß die VRCh auf der koreanischen Halbinsel zwei Hauptziele verfolge, nämlich die Denuklearisierung und gleichzeitig die Rückkehr von Frieden und Stabilität. (So zuletzt erst wieder RMRB, 15.6.94, S.7) Andererseits aber weigerte es sich, Sanktionen gegen Nordkorea zuzulassen. (So zuletzt erst wieder Staatspräsident Jiang Zemin am 10. Juni 1994) (XNA, 11.6.94) Ein Dialog sei in jedem Fall besser als Konfrontation, hieß es.

Immer wieder forderten andere Staaten die VRCh auf, ihren Einfluß auf Nordkorea geltend zu machen, stießen damit aber in China auf taube Ohren,

da die VRCh mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Seoul, d.h. seit August 1992 (dazu C.a., August 1992, Ü 7), Probleme mit Pyonyang bekam, die so weit gingen, daß beide Seiten am Ende sogar militärische Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen begannen. (Näheres dazu C.a., Mai 1993, Ü 3)

Angesichts dieser Entwicklungen aber versuchten vor allem Südkorea und Japan, die VRCh immer wieder zur Einwirkung auf Pyonyang zu veranlassen. Beide erreichten jedoch wenig: Ende März 1994 besuchte der südkoreanische Präsident Kim Yong Sam die VRCh, mußte sich dort jedoch belehren lassen, daß die chinesische Seite mit den Sorgen Seouls in der Atomfrage zwar solidarisch sei, daß sie aber jede Form von Druck auf Pyonyang ablehne. (Näheres dazu C.a., März 1994, Ü 3)

Auch der japanische Außenminister Kakizawa, der am 12. Juni nach Beijing kam, löste bei seinen Gesprächspartnern lediglich Schulterzucken aus. Vor allem seien Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea sinnlos, da sich dieses Land ohnehin bereits weitgehend abgeschottet habe. Auch sonst habe sich Beijing in den vergangenen Monaten vergeblich darum bemüht, Pyonyang von der Notwendigkeit einer Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu "überzeugen". (In diesem Sinne bereits Yonhap in SWB, 27.5.94) China wolle sich jedoch auch weiterhin um "angemessene Lösungen der koreanischen Nuklearfrage" bemühen, erklärte das Außenministerium am 26. Mai. (XNA, 26.5.94)

Gleichzeitig stimmte China einer Resolution des UNO-Sicherheitsrates von Anfang Juni zu, daß nämlich Vertreter der Internationalen Atomenergieagentur ungehinderten Inspektionszugang zum Nuklearreaktor von Yongbyon erhalten sollten.

Beijing pochte zwar auf eine Zulassung von Kontrollen, lehnte aber bei einer Weigerung Pyonyangs Sanktionen gegen Nordkorea ab. Die südkoreanische Seite hielt diese Einstellung Beijings nicht nur für unlogisch, sondern erinnerte überdies noch daran, daß Staatspräsident Kim Yong Sam bei seinem Märzbesuch in Beijing von der chinesischen Führung die informelle Zusage erhalten habe, daß die VRCh "Maßnahmen" im Falle einer atomaren Aufrüstungspolitik Pyonyangs ergreifen werde. Auch habe Kim Il Song der grauen Eminenz Chinas, Deng Xiaoping, bei einem Besuch i.J. 1991 in Pyonyang versprochen, daß Nordkorea keine Nuklearwaffen entwickeln wolle. (Yonhap, SWB 10.5.94) Daran habe sich die nordkoreanische Führung nun nicht mehr gehalten. Wolle China sich dies etwa alles gefallen lassen!?

Neue Brisanz kam in die Diskussion, als die Militärs die Sache in die Hand nahmen. Anfang Juni besuchte eine nordkoreanische Militärdelegation die VRCh. Sie wurde u.a. von Jiang Zemin empfangen, der bei dieser Gelegenheit eine - lange Zeit nicht mehr gehörte - Formel benutzte, daß sich nämlich China und Korea zueinander wie "Lippen und Zähne" verhielten. (XNA nach SWB, 9.6.94) Drei Wochen später besuchte eine Delegation der chinesischen VBA unter der Leitung des Kommandanten der Shenyang-Militärregion, General Wang Ke, die DVRK. (KCNA in SWB, 29.6.94)

Die Erklärungen, die es im Zusammenhang mit den beiden Besuchen gab, erinnerten an die "gute alte Zeit". Offensichtlich ist es gerade die VBA, bei der alte Solidaritätsgefühle aufkommen, wenn es um Nordkorea geht: Immerhin hat sie während des Koreakriegs, d.h. zwischen 1950 und 1953, mit über einer Million Gefallenen einen noch höheren Blutzoll erbracht als die nordkoreanische Armee!

Die Beijinger Außenpolitik mag inzwischen aus wirtschaftlichen Überlegungen in Richtung Südkorea "abgedriftet" sein, die Beijinger Militärpolitik aber hält noch am Gestern fest. Gerüchten zufolge soll es sogar neue Versprechungen gegeben haben, daß China der DVRK im Ernstfall unter die Arme greifen wolle. Im Falle wirtschaftlicher Sanktionen werde die VRCh Nahrungsmittel und Energie zur Ver-

fügung stellen (Bericht aus Seoul in SCMP, 13.6.94) und im Falle eines Kriegsausbruchs möglicherweise 85.000 Soldaten aus der Shenyang-Militärregion zur Unterstützung Nordkoreas entsenden. Die VBA würde, heißt es weiter, nur dann nicht eingreifen, wenn Nordkorea von sich aus in Südkorea einziele.

Durch den Tod Kim Il Songs am 9. Juli und durch die sich anschließenden Trauerfeiern wurde der Nuklearkonflikt aufgeschoben - allerdings keineswegs aufgehoben. Sollte Beijing mit seiner Politik des Aussitzens fortfahren, könnte es eines Tages einem nuklearbewaffneten Nordkorea gegenüberstehen. Außerdem hat der "Fall Nordkorea" beträchtliche Meinungsunterschiede zwischen zwei "Subsystemen" der chinesischen Politik zutage gefördert, nämlich zwischen dem außenpolitischen Apparat und der VBA.

-we-

#### **\* (2) Neue Heimsuchungen im chinesisch-japanischen Verhältnis**

Am 3. Mai gab der damalige Justizminister Shigeto Nagano der *Mainichi*-Tageszeitung ein Interview, in dem er betonte, daß das "Nanjing-Massaker" wohl eine Erfindung sei und daß er von einer sog. "Japan-Invasion in die Nachbarstaaten vor und während des Zweiten Weltkriegs" und von der damit zusammenhängenden "Aggressions"-These nichts halte.

Mit dieser Bemerkung hatte Nagano in ein Wespennetz gestochen: Ganz Asien, vor allem aber China, reagierte gereizt. Die chinesische Presse wies darauf hin, daß die japanischen Truppen im Dezember 1937 in Nanjing "über 300.000 chinesische Zivilisten" abgeschlachtet hätten.

Nagano rief mit seiner Bemerkung überdies eine Regierungskrise im eigenen Haus hervor und veranlaßte Ministerpräsident Hata, der zu dieser Zeit gerade auf Staatsbesuch in Frankreich war, zu einer Gegendarstellung, in der es hieß, daß das Massaker eine "unleugbare Tatsache" sei. (XNA, 7.5.94)

Bereits am 7. Mai wurde Nagano abgesetzt und durch einen anderen Justizminister ersetzt. Gleichwohl mußte

Hata, der 10 Tage vorher zum Regierungschef gewählt worden war, sich Vorwürfe der Opposition gefallen lassen, daß er bei der Auswahl seiner Mitarbeiter kein rechtes Augenmaß gezeitigt habe.

Bereits 1993 hatte der damalige Ministerpräsident Morihiro Hosokawa offiziell Japans Kriegsschuld eingeräumt und sich dafür entschuldigt. (Dazu C.a., August 1993, Ü 1) Hosokawa hatte erklärt, die Eroberungszüge seines Landes seien ein Fehler gewesen. Im Gegensatz dazu hatten es vor Hosokawa alle Ministerpräsidenten abgelehnt, sich zu Japans Kriegsschuld und zu den damit verbundenen Greueln zu bekennen, geschweige denn, sich zu entschuldigen. Auch der japanische Kaiser hatte bei seinem Besuch im Oktober 1992 eine solche Entschuldigung unterlassen. (Dazu C.a., Oktober 1992, S.718-724)

Nagano war also mit seiner Bemerkung durchaus nicht so weit weg von der bisherigen "Normallinie".

Die Chinesen, die so gern von Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates sprechen, waren fest entschlossen, Naganos Erklärungen zu einem "Fall" zu machen und Tokyo erneut zum Kniefall zu zwingen. Es hatte damit in der Tat Erfolg. Der Absetzung Naganos folgten neue Entschuldigungen und Reuebekenntnisse Hatas. Zurück in Tokyo sprach er ein weiteres *mea culpa* aus und wies auf Aggression und Kolonialherrschaft des militaristischen Japan in den 30er und 40er Jahren hin. Im Hinblick auf diese düsteren Erfahrungen wolle er sich weiter um Versöhnung mit den Nachbarländern bemühen. Der Schmerz und der Zorn der Nachbarvölker, der durch die Bemerkung Naganos ausgelöst worden sei, zeige erneut, welch tiefe Narben die Vergangenheit hinterlassen habe. Die Fehler Naganos seien auf fehlendes Feingefühl zurückzuführen.

Auch schrieb Hata einen Brief an Ministerpräsident Li Peng, in dem er zum wiederholten Mal eingestand, daß Japans Kolonialherrschaft vielen Völkern unerträgliches Leid zugefügt habe. Beijing lobte diese neuen Nanjing-Erklärungen Tokyos mit Gönnermiene.

Der Fall hat wieder einmal klargemacht, daß die Volksrepublik von ihrem Nachbarn Japan ein ganz beson-

ders subtiles Verhalten erwartet - und daß sie fest entschlossen ist, hier jeweils aufs sensibelste zu reagieren.

Am 22. Juni folgte ein weiteres japanisches Eingeständnis, daß nämlich während des Zweiten Weltkrieges Tausende von Chinesen zu Zwangsarbeit verpflichtet worden seien. Das *mea culpa* war Folge einer eingehenden Prüfung von Geheimdokumenten, die ein in Tokyo lebender Chinese erst 1993 ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hatte. Danach waren zwischen April 1943 und Mai 1945 insgesamt 38.935 Chinesen zur Arbeit in japanischen Bergwerken und Fabriken gezwungen worden. 6.830 waren während dieser Zeit an Unterernährung gestorben. Die Dokumente enthalten Beschreibungen der menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Arbeitslagern sowie Anweisungen an Werksbesitzer, das Bekanntwerden von Todesfällen infolge von Unterernährung, Selbstmord oder Folter zu verhindern.

Nachdem China am 10. Juni 1994 einen neuen unterirdischen Nukleartest durchgeführt hatte, kam es zu abermaligen Verstimmungen zwischen beiden Nachbarstaaten. Diesmal war es allerdings Tokyo, das anschildernd mit dem Zeigefinger auf Beijing wies und die Möglichkeit andeutete, daß weitere Kredite im Hinblick auf den Test eingefroren werden könnten. (Kyodo in SWB, 15.6.94) -we-

\* (3)

#### **Bekanntnisse und Erkenntnisse am 5. Jahrestag des 4. Juni**

Kurz nach dem "5. Jahrestag", dem die Behörden mit soviel Unbehagen entgegengesehen haben, an dem aber in den chinesischen Städten nichts weiter "passiert" ist, kam Malaysias Ministerpräsident Mahathir zu einem Besuch nach Beijing und wurde dort - gleichsam stellvertretend für andere Regierungschefs - zum Adressaten von Erklärungen, die indirekt mit dem 4. Juni 1989 zusammenhängen und die auch als Rechtfertigungsversuche zu verstehen waren. So wies beispielsweise Staatspräsident Jiang Zemin in einem Gespräch mit Mahathir im Gästehaus Diaoyutai am 12. Mai darauf hin, daß Stabilität, Stabilität und nochmals Stabilität die Grundlagen für jede Entwicklung seien. Wörtlich: "Die Geschichte zeigt, daß alles, was zur natio-

nenal Stabilisierung führt, gut ist". Für China sei die Stabilität eine alle anderen Gesichtspunkte in den Hintergrund drängende Priorität. Nur wenn man die Sehnsucht nach Stabilität verstehe, verstehe man auch das chinesische Volk. (XNA nach SWB, 14.5.94)

Ähnlich fiel das Erklärungsverhalten der chinesischen Vertretung auch bei der Diskussion über die "Agenda for Development" aus, die vom UNO-Generalsekretär ausgearbeitet worden war und die am 28. und 29. Juni vor der UNO in New York diskutiert wurde. Botschafter Li Zhaoxing, Chinas Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, wies auf die Wichtigkeit der Stabilität hin und machte außerdem darauf aufmerksam, daß "nur die Erreichung von Wirtschaftswachstum und anhaltender Entwicklung den Entwicklungsländern die Chance einer allseitigen sozialen Entwicklung gibt". (XNA, 1. Juli 1994) Nur dann auch könne es zu einer fundamentalen Erneuerung des politischen Lebens kommen.

Ganz in diesem Sinne unterstützt China auch weiterhin die "Gruppe 77", die am 24. Juni 1994 ihren 30. Gründungstag feierte und mit der China seit vielen Jahren eng zusammenarbeitet. (XNA, 25.6.94) -we-

\*(4)

#### **Freundlich-unverbindliche Politik Beijings gegenüber dem Schwarzen Kontinent: Afrika-Rhetorik und Ruanda-Praxis**

Liest man nur die Erklärungen der Beijinger Führung, so gewinnt man den Eindruck, daß es im chinesisch-afrikanischen Verhältnis nichts als Harmonie und gegenseitige Unterstützung gibt.

So ließ sich China beispielsweise von keinem anderen Land an Herzlichkeit und Schulterklopfen übertreffen, als es darum ging, dem neugewählten südafrikanischen Präsidenten Mandela zum Amtsantritt am 9. Mai 1994 zu gratulieren. Für alles und jedes fand Beijing Lob, sei es nun für den Wahlgang, für die "positiven Beiträge des Führers der Nationalpartei F.W. de Klerk (XNA, 5., 6. und 9.5.94) oder für den unermüdlichen Befreiungskampf des südafrikanischen Volkes. Auch sonst ging Beijing mit den - wie üblich zahlreichen - afrikanischen Besuchern

aufs artigste um: Anfang Mai 1994 beispielsweise besuchte der kenianische Präsident Arap Moi die VR China (nach 1980 und 1988 war dies sein dritter Besuch) - und wurde überall gefeiert, ob in Beijing oder aber in Kunming (3., 4., 7. und 9. Mai 1994).

Gleiche Ehre widerfuhr den Verteidigungsministern von Tansania und von der Elfenbeinküste, die unabhängig voneinander Mitte Mai nach Beijing gekommen waren. (XNA, 19.5.94 und XNA nach SWB, 26.5.94) Gleiches ist von den Delegationen des kongolesischen Präsidenten (XNA, 25.4.94), des malawischen Präsidenten (XNA, 27.5.94) und des mauritanischen Staatsoberhauptes (XNA, 28.6.94) zu sagen, die fast alle zur gleichen Zeit, nämlich Ende Juni, ihren Staatsbesuch antraten. China hat bei der Abwicklung solcher Besuche längst schnörkellose Routine und würdevolle Rhetorik entwickelt.

Manchmal gewinnt man den Eindruck, als handele es sich hier um eine moderne Spielart des alten Tributrituals: Die Besucher vollziehen ihren Kotau, und China zeigt ihnen im Gegenzug, "wo es lang geht".

Mit der Routine freilich hat sich China auch einen diplomatischen Chitinpanzer zugelegt, an dem die Affekte der anderen abprallen. Dies wurde besonders deutlich im Zusammenhang mit der Ruanda-Burundi-Frage, die seit Anfang Juni 1994 in aller Welt Schlagzeilen macht und die in ihren möglichen tragischen Konsequenzen auch der chinesischen Führung bewußt sein mußte. Als jedoch Anfang Juni der "Sonderberater des Präsidenten von Zaire" - also des Chefs des westlichen Nachbarlands von Ruanda-Burundi -, Atumba, zu einem Gespräch nach Beijing kam, wurde er mit nichtssagenden Bemerkungen abgespeist. Kein Zweifel, daß schon damals ein möglicher Flüchtlingsstrom nach Zaire hatte vorausgesehen werden können. Gleichwohl konzentrierten sich die Gespräche auf die Einhaltung der Fünf Prinzipien, auf den Hinweis von "dramatischen Änderungen in der internationalen Situation", auf "bevorstehende neue Schwierigkeiten und Probleme in Afrika" sowie auf eine Würdigung der hervorragenden Beziehungen zwischen Zaire und China, wobei auf einen Brief Mobutus an den chinesischen Präsidenten Jiang Zemin hingewiesen wurde. (XNA, 3.6.94)

Als China wenige Wochen später mit der Frage konfrontiert wurde: "Wie hältst Du es mit Ruanda-Burundi?", wich die chinesische Diplomatie wieder einmal aus - man ist versucht zu sagen: auf aalglatte Weise. Der entscheidende Zeitpunkt war der 23. Juni, als die VRCh in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Ständigen Sicherheitsausschusses der UNO gefragt wurde, ob es der Entsendung französischer Truppen für eine humanitäre Intervention in Ruanda zustimme. Wieder einmal, wie schon in der Golf- und in der Somaliafrage, enthielt sich die VRCh der Stimme. Als Begründung hieß es: "Gegenwärtig verschärft sich die Situation in Ruanda, und die menschlichen Bedingungen werden immer schlimmer. Deshalb unterstützen wir die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, Hilfe für die Beendigung der Krise zu leisten und das Elend vom ruandischen Volk so schnell wie möglich abzuwenden. Wir glauben, daß es für den Erfolg der UNO-Friedenserhaltungspolitik unerlässlich ist, die Zustimmung der verschiedenen Parteien zu erhalten und überdies die Zusammenarbeit der Länder und der regionalen Organisationen sicherzustellen". (XNA, 23.6.94)

Weit davon entfernt also, selbst mit Hand anzulegen und zu helfen, suchte China lediglich seinen guten Willen unter Beweis zu stellen, der sich freilich darin erschöpfte, daß es kein Veto einlegte, sondern andere gewähren ließ!

Außer in Kambodscha, wo China ein eigenes Blauhelmkontingent stellte, hat es sich bisher allen Hilfsaktionen der UNO versagt und auch keine eigenen Beiträge geleistet, sieht man einmal von den laufenden Mitgliedsbeiträgen ab. -we-

\*(5)

#### **Der 40. Jahrestag der "Fünf Koexistenzprinzipien": China klopft sich selbst auf die Brust**

Während die friedliche Koexistenz von der früheren UdSSR-Propaganda lange Zeit als "Leninsches Prinzip" gefeiert wurde, bestehen die Chinesen seit langem darauf, daß es sich hier um eine chinesische - zumindest aber um eine chinesisch-indisch-birmanische Schöpfung handele.

Der frühere Premier und Außenminister Zhou Enlai habe bereits im Dezember 1953 bei einem Besuch einer indischen Regierungsdelegation in Beijing das Thema zur Sprache gebracht. Am 29. April 1954 legten dann beide Seiten in einem Handels- und Verkehrsabkommen "zwischen der chinesischen Region Tibet und Indien" die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz formell nieder - und zwar in der Präambel. Im Juni 1954 besuchte Zhou Enlai Indien sowie Birma und führte Gespräche mit seinen damaligen Amtskollegen Jawaharlal Nehru und U Nu. Anschließend wurden dann (am 28. Juni 1954) zwei "Gemeinsame Erklärungen" herausgegeben, und zwar zwischen dem chinesischen und dem indischen sowie zwischen dem chinesischen und dem birmanischen Ministerpräsidenten, die am folgenden Tag veröffentlicht wurden und in denen die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz offiziell als Grundnormen für die Gestaltung der chinesisch-indischen sowie der chinesisch-birmanischen Beziehungen herausgestellt wurden. In der chinesisch-indischen Erklärung hieß es, daß "diese Prinzipien nicht nur auf die Beziehungen zwischen beiden Ländern, sondern generell auf alle internationalen Beziehungen" anwendbar seien. In der chinesisch-birmanischen Erklärung wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß "diese Prinzipien von allen Nationen beachtet werden".

Der 28. Juni 1954 gilt seither als Geburtstag der Fünf Koexistenzprinzipien.

Aktueller Anlaß für die chinesisch-indische Zusammenarbeit bei der Formulierung der Fünf Prinzipien war die Lage am Ende des Ersten Indochinakrieges: Frankreich hatte damals in Dien Bien Phu gerade sein Stalingrad erlitten und sich anschließend bei der Genfer Konferenz, an der auch Zhou Enlai teilgenommen hatte, zu einem Rückzug aus Indochina verpflichtet. Zu befürchten war nun, daß die USA in das durch diesen Rückzug entstehende Vakuum eindringen würden. Das chinesisch-indische Vorgehen im Namen der "Fünf Prinzipien" folgte also einer Art asiatischen Domino-Theorie. In dieser Grundidee sind sie sich bis heute treu geblieben!

Schon ein Jahr später, nämlich im April 1955, traten in Bandung (Indonesien) 29 gerade unabhängig gewordene

Staaten Asiens und Afrikas zu der "Asiatisch-Afrikanischen Konferenz" zusammen. Als Ergebnis der gemeinsamen Beratungen gaben sie dann eine "Declaration on Promotion of World Peace and Cooperation" heraus und formulierten die "Zehn Prinzipien von Bandung", in denen alle Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit enthalten sind und die - so die chinesische Sicht - (XNA, 28.6.94) eine Ausdehnung und Weiterentwicklung der Fünf Prinzipien seien.

Seit diesem Zeitpunkt sind die Fünf Prinzipien von nahezu allen Nationen und internationalen Organisationen anerkannt und in eine Fülle von internationalen Dokumenten aufgenommen worden, vor allem im Bereich der UNO. Ferner finden sich die Fünf Prinzipien in sämtlichen Erklärungen Chinas zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit mehr als 100 Staaten, darunter auch mit den USA und anderen westlichen Industriestaaten.

40 Jahre nach ihrer Geburt seien die Fünf Prinzipien aktueller denn je, da ja auch die Verschiedenheiten der Nationalitäten und Länder immer stärker hervortreten. Auf der Welt gebe es heute ungefähr 1.000 ethnische Gruppen und mehr als 200 Länder, darunter über 180 unabhängige souveräne Staaten, die sich alle irgendwie voneinander unterscheiden, sei es nun ihrer Ideologie, ihrem kulturellen Erbe, ihrem nationalen Charakter, ihrem religiösen Bekenntnis oder aber ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nach.

Leider gebe es immer wieder Gegenströmungen, die diese Unterschiede verwischen möchten, sei es nun im Namen einer "Großen Familie", einer Blockpolitik, einer "Einflußsphäre" oder gar einer "Weltführerschaft".

Mit dem Ende des Kalten Krieges sei die Grundlage für Hegemonie und Blockbildung der beiden Supermächte mehr oder weniger weggeschmolzen. Immer noch freilich gebe es Erscheinungsformen von Machtpolitik, die sich inzwischen auf neue Weise äußerten, vor allem in Form von Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Gewisse Mächte beispielsweise versuchten, ihren Vormachtanspruch unter dem Vorwand von "Demokratie" oder "Menschenrechten" geltend zu machen. Die Geschichte habe jedoch gezeigt, daß sich

der Friede nur aufrecht erhalten lasse, wenn die Eigenheiten des anderen respektiert würden!

Die Fünf Prinzipien lauten: Gegenseitiger Respekt für die Souveränität und territoriale Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen sowie friedliches Nebeneinander.

Huang Hua, der chinesische Außenminister in den späten 70er und frühen 80er Jahren, gab noch einmal einen Hinweis auf die Entstehung der Fünf Prinzipien: Mao Zedong habe noch am Vorabend der Ausrufung der Volksrepublik (Ende September 1949) drei Prinzipien hervorgehoben, auf denen China seine künftige Diplomatie aufbauen wolle, nämlich Gleichheit, gegenseitigen Nutzen und gegenseitige Anerkennung der Territorialität und Souveränität des anderen.

Als im Februar 1950 der sino-sowjetische Pakt unterzeichnet wurde, wurde auf chinesisches Drängen noch die "Nichteinmischung in die Angelegenheiten des anderen" hinzugefügt. Die weiteren Bestandteile kamen dann bei den chinesisch-indischen Verhandlungen im Dezember 1953 hinzu. (XNA, 23.6.94)

Auch Ministerpräsident Li Peng sprach am Vorabend seiner Drei-Länder-Reise nach Europa über die Fünf Prinzipien und wies darauf hin, daß durch die "Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung", die von der UNO-Generalversammlung 1974 angenommen wurde, die Fünf Prinzipien expressis verbis aufgenommen und damit endgültig zu einem weltumspannenden Völkerrechtsbestandteil erhoben worden seien. (XNA, 28.6.94) Die neueste Variante der Koexistenzprinzipien sei Deng Xiaopings "Großes Konzept" von "einem Land und zwei Systemen", das im Zusammenhang mit der "Lösung der Hongkong-, Macao- und Taiwanfrage" entwickelt wurde. Es handle sich hier um eine neue Spielform der friedlichen Koexistenz. (XNA, 28.6.94)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der aktuelle Bezug. Li Peng ahnte wohl, daß ihm bei der bevorstehenden Reise durch Österreich, Deutschland und Rumänien einiges an Kritik bevorstünde - und er suchte hier

wohlweislich vorzubauen, indem er betonte, daß die "neue Weltordnung" sich vor allem auf das Prinzip der Nichteinmischung gründen solle. Jedes Land, das versuche, "seine Art von Menschenrechtsstandards einem anderen Land aufzuzwingen", oder das sich in die inneren Angelegenheit eines anderen Landes "unter dem Vorwand der Menschenrechte einmische", werde auf den entschiedenen Widerstand Chinas stoßen. (XNA, 28.6.94) -we-

begründete die Notwendigkeit verstärkter Schulungsmaßnahmen unverbrämt damit, daß ein Teil der Kader die elementaren Regeln der Parteiarbeit nicht mehr kenne und durch Geldgier, Hedonismus und "extremen Individualismus" deformiert sei. (CNA, No.1513-1514, S.9; Qinghai Volksradio, 22.6.94, bzw. Hebei Ribao, 13.6.94, jeweils nach SWB, 30.6.94)

Zwischen März und Juni dieses Jahres bereisten führende Politbüro-Mitglieder 17 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene, um den regionalen Führungen die Politik der Parteizentrale näherzubringen. In der krisengeschüttelten Nordost-Provinz Heilongjiang bekannte sich der amtierende Gouverneur Tian Fengshan dazu, die Regierung "unter der Führung des Provinzparteikomitees und unter Aufsicht durch den Provinz-Volkskongreß und dessen Ständigen Ausschuß" leiten zu wollen. Im Falle wichtiger politischer Entscheidungen müßten Weisungen vom Provinzparteikomitee erbeten werden. Die politische Linie werde ausschließlich von der Zentrale der Partei in Beijing vorgegeben. (Heilongjiang Ribao, 22.5.94, nach SWB, 3.6.94)

Mitte Juni entschied die Beijinger Führung, Untersuchungsgruppen zur Bekämpfung der Korruption in 24 Provinzen und Autonome Regionen zu entsenden, um die Disziplin in den regionalen Parteiorganisationen zu stärken. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen werden aus verschiedenen ZK-Abteilungen, dem Nationalen Volkskongreß, der Politischen Konsultativkonferenz, dem Obersten Volksgericht und der Volksstaatsanwaltschaft rekrutiert. Für Hinweise aus der Bevölkerung, die zur Aufdeckung größerer Korruptionsfälle beitragen, werden Belohnungen von bis zu 30.000 Yuan RMB ausgesetzt. (XNA, 17./18.6.94)

Aus der ostchinesischen Provinz Shandong wurde gemeldet, daß man dort entschlossen gegen Unternehmen vorgehe, die als Ableger von Partei- und Verwaltungsorganen (häufig zum privaten Nutzen der beteiligten Funktionäre) errichtet wurden. Seit Anfang dieses Jahres seien 228 solcher Kader-Unternehmungen geschlossen worden, 6.378 weitere seien gezwungen worden, sich von ihren Patronage-Institutionen in Partei und Verwaltung zu trennen. Dem Mißbrauch politischer Macht in lukrativen wirtschaftli-

chen Betätigungen müsse entschieden Einhalt geboten werden. (Shandong Volksradio, 23.6.94, nach SWB, 27.6.94)

Ein besonderes Augenmerk der Parteiführung gilt zur Zeit auch dem Aufbau der Partei-Basisorganisation in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung. In den knapp 600 Unternehmen dieser Art, die in Tianjin die Produktion aufgenommen haben, sollen inzwischen 114 Hauptzellen und Zellen der Kommunistischen Partei begründet worden sein. Die organisatorischen Strukturen müßten jedoch noch deutlich ausgeweitet werden, um die "Parteiarbeit" in diesem Bereich zu stärken. (Tianjin Ribao, 24.6.94, nach SWB, 6.7.94) -hei-

---

## Innenpolitik

---

### \* (6) Die Parteizentrale will ihre Führungsrolle stärken

Die Beijinger Führung hat ihre Bemühungen, den Korruptions- und Verfallserscheinungen in der Kommunistischen Partei entgegenzutreten, verstärkt. Durch die Einbestellung regionaler Parteiführungen zu Instruktionkursen in die Parteischulen sowie durch Entsendung von Arbeitsgruppen aus der Zentrale in die Provinzen soll eine Disziplinierung der Parteiorganisation erreicht werden.

Zwischen Oktober 1993 und Mai 1994 wurden vier Schulungen an der Zentralen Parteischule abgehalten. Zu diesen Kursen wurden 175 Führungskader aus Provinzen und Ministerien einbestellt, darunter immerhin 121 Vollmitglieder und Kandidaten des ZK der KPCh. Jiang Zemin ermahnte die Anwesenden, sich an die Weisungen der Zentrale zu halten und keine Schwächung der Führungsrolle der Partei unter dem Vorwand der Modernisierung zuzulassen. Die Kommunistische Partei sei die regierende Partei und müsse in der Wirtschaftspolitik und in allen anderen Politikbereichen die Führung übernehmen.

In mehreren Provinzen wurde zu einer Reform der Arbeit an den Parteischulen aufgerufen. Das Ziel müsse sein, die praktische Anwendbarkeit und Handlungsbezogenheit des Unterrichtsstoffs zu verbessern. Der Parteisekretär von Qinghai forderte, die Schulung der Parteimitglieder durch "Kontrolle und Aufsicht" zu ergänzen. Der Parteisekretär der Provinz Hebei

### \* (7) 54 Millionen Parteimitglieder

Nach Angaben der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurden im letzten Jahr 1,76 Mio. neue Mitglieder in die Partei aufgenommen und mehr als 50.000 neue Basisorganisationen begründet. Insgesamt verfüge die Partei nun über rund 54 Mio. Mitglieder und 3,34 Mio. Basisorganisationen. 20,653 Mio. (38,2%) der derzeitigen Mitglieder hätten die Oberschule oder eine höhere Ausbildung abgeschlossen. 1983 seien dies nur 7,308 Mio. (17,8%) gewesen.

Unter den neu aufgenommenen Mitgliedern befänden sich 742.000 Arbeiter und Bauern (43,2%) sowie 300.000 Personen aus technischen Berufen (16,9%). Knapp 70% der neu aufgenommenen seien jünger als 35 Jahre, auch sei der Anteil von Frauen und ethnischen Minderheiten stark gestiegen (hierzu wurden keine genaueren Angaben gemacht). (XNA bzw. RMRB, 25.6.94) -hei-

### \* (8) Deng Xiaopings Grundüberzeugungen

Der körperlich stark geschwächte, fast neunzigjährige Deng Xiaoping hat sich nach Angaben der beijingfreundlichen und deshalb häufig mit internen Informationen bedachten Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* (Spiegel) im Mai zu seinen politischen Grundüberzeugungen geäußert.